

## 15. Wahlperiode

---

### **Antrag**

der Fraktion der FDP

### **Strukturentscheidungen zur Haushaltssanierung (12) Ein ‚Sonderprogramm Straßensanierung‘ für Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Abstimmung mit den Bezirken ein Sonderprogramm zur Sanierung der öffentlichen Straßen in Berlin aufzulegen, für deren Unterhaltung das Land aufzukommen hat. Das Programm soll auf der Grundlage geeigneter Prioritätensetzungen Maßnahmebündel beinhalten, die jahresweise abzuarbeiten sind.

Das Programm ist auf eine Laufzeit von mehreren Jahren anzulegen, in die mittelfristige Finanzplanung Berlins einzubeziehen und bedarfsgerecht so fortzuschreiben, dass der vom Landesrechnungshof festgestellte Instandhaltungsrückstau innerhalb von etwa 10 Jahren abgearbeitet werden kann und zusätzliche Belastungen des Landeshaushaltes durch verschleppte Unterhaltungsmaßnahmen möglichst vermieden werden. Dementsprechend ist das Programm unverzüglich vorzubereiten, damit erste Maßnahmen bereits im Jahr 2007 eingeleitet werden können.

Zur Finanzierung des Programms sind Umschichtungen im Berliner Haushalt zu Lasten konsumtiver Ausgaben vorzunehmen. Nach Möglichkeit sind Solidarpaktmittel für den Aufbau Ost sowie ab dem Jahr 2008 ÖPNV-Mittel in dem Umfang einzusetzen, wie durch die Ausschreibung von Nahverkehrsleistungen Zuschüsse an die BVG eingespart werden können.

### *Begründung*

Berlin braucht angesichts des zunehmend desolater werdenden Zustands seiner Straßen einen Straßenzustandsbericht und ein in den nächsten Jahren systematisch abzuarbeitendes Straßensanierungsprogramm. Die Stadt fährt seit Jahren auch bei ihrer Straßeninfrastruktur einen Verschleißkurs, der mittlerweile an die Substanz geht und zukünftige Generationen erheblich belasten wird, sofern jetzt nicht gegen gesteuert wird.

Die schwierige Haushaltslage Berlins stellt die Finanzierung des Programms vor erhebliche Probleme, die nur durch eine verstärkt investive Ausrichtung des Landeshaushaltes, den konsequenten Einsatz investiv „programmierter“ Bundesmittel und die Reform des Berliner ÖPNV gelöst werden kann.

Berlin, den 28. Februar 2006

Dr. Lindner      v. Lüdeke

und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP